



# Barthle-Brief

Nr. 14

**Berlin aktuell**  
Die Woche im Bundestag

10.10.2014

Thema der Woche:

## Probleme bei der Rüstung anpacken

### Bestandsaufnahme und Risikoanalyse zentraler Rüstungsprojekte der Bundeswehr

Mit einer neuen Rüstungspolitik und einem besseren Ausrüstungsmanagement will Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen die Probleme bei der Bundeswehr beheben. Von der Leyen zieht damit die Konsequenzen aus dem Rüstungsgutachten, das sie im März in Auftrag gegeben und Anfang dieser Woche übergeben bekommen hatte.

In einer aktuellen Stunde des Bundestages an diesem Mittwoch – es war von der Leyens 56. Geburtstag – sagte die Ministerin, die Probleme, die geballt auf dem Tisch liegen, „müssen wir anpacken“. Die schonungslose Analyse, die in dem Gutachten zum Ausdruck kam, sei notwendig gewesen, sagte von der Leyen. In Auftrag gegebene Rüstungsprojekte würden „Jahre zu spät und weit überteuert“ ausgeliefert. Die Bundeswehr sei daher gezwungen, mit betagtem Material viel länger zu arbeiten als vorgesehen. „Dass es knirscht in der Materialerhaltung und -beschaffung“ sei aber „keineswegs“ ein Grund, die Aktivitäten der Streitkräfte einzuschränken. „Es ist nicht alles schlecht in der Bundeswehr. Sie ist auf einem Niveau der Leistung, um das uns die allermeisten Länder der Welt beneiden“, betonte die Ministerin.

Auch der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Henning Otte, sagte mit Blick auf die zahlreichen Krisen in der Welt, die Bundeswehr sei diejenige Armee, die immer zuerst gerufen werde. „Dies ist Ausdruck von Vertrauen, Zuversicht in unsere Fähigkeiten und Anerkennung für die Leistung unserer Soldaten.“ Aus Fürsorgepflicht für die Soldaten und im Sinne der sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands müssten die Mängel aber schnellstmöglich behoben werden.

Die Union unterstrich, die Bundeswehr als Einsatzarmee sei mehr denn je auf modernstes Material angewiesen. Von der Leyen forderte zum einen, den Materialerhalt bei den vorhandenen Geräten zu intensivieren. „Bei Instandhaltung und Wartung müssen wir mehr Geld in die Hand nehmen“, sagte sie. Zum anderen sei ein effektiveres Management von Rüstungsprojekten nötig. So müsse eine neue Fehlerkultur entwickelt werden. Nur wenn erkannte Fehler auch offen eingestanden würden, könnten sie behoben werden. Mitarbeiter, die Fehler entdeckten, müssten sofortigen Zugang zur Leitungsebene erhalten: „Das spart Zeit und Geld.“

Auch das Vertragsmanagement müsse effizienter werden. Spätere Regressforderungen gegenüber der Industrie könnten nur durchgesetzt werden, wenn bei der Vertragsgestaltung sauber gearbeitet werde. Allerdings sei hier auch die Industrie am Zug. Sie müsse „ehrliche Verträge mit erreichbaren Zielmarken“ anbieten.

Nicht zuletzt forderten die Ministerin und die Fachpolitiker der Union, nun müsse eine Rangordnung der Projekte aufgestellt werden, die für die Bundeswehr wichtig seien. „Die Bundeswehr beschafft, was sie braucht, und nicht, was ihr angeboten wird“, sagte von der Leyen. In dieser Debatte müsse auch die Frage angesprochen werden, welche nationalen Schlüsseltechnologien Deutschland in der Rüstung brauche, um souverän handeln und seine sicherheitspolitischen Interessen vertreten zu können.

Die von der Verteidigungsministerin vorgeschlagene Definition von Schlüsselbereichen der Rüstungs-industrie in Deutschland wurde von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel kritisiert. Dazu erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andreas Schockenhoff: „Mit seiner Kritik will der SPD-Vorsitzende Gabriel von seiner Verantwortung als Wirtschaftsminister für Rüstungsexporte ablenken. Rüstungsexporte sind aber entscheidend für den Erhalt unserer wehrtechnischen Industrie. In diesem Zusammenhang hat Verteidigungsministerin von der Leyen mit ihrer Definition einer Schlüsselindustrie eine gute Diskussionsgrundlage unterbreitet. Sie hat ausdrücklich auf den noch notwendigen weiteren Klärungsprozess verwiesen, der ressortübergreifend erfolgen muss.“

Bei der Definition deutscher Kernfähigkeiten und rüstungspolitischer Notwendigkeiten spielen gerade auch übergreifende außen- und sicherheitspolitische Aspekte eine entscheidende Rolle. Hier ist Außenminister Steinmeier zuständig, die Initiative der Verteidigungsministerin aufzunehmen und eigene Vorschläge zu unterbreiten. Wollen wir auf Partner sowie auf Länder, die in unserem Interesse für Stabilität in Krisenregionen sorgen, Einfluss nehmen, dann sind wehrtechnische Exporte ein wichtiges Instrument. Daher haben wir ein elementares Interesse an einer innovativen, leistungs- und wettbewerbsfähigen nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.

Was bestimmte Fähigkeiten der Bundeswehr angeht, die etwa mit U-Booten und gepanzerten Fahrzeugen abgedeckt werden, so hat die Verteidigungsministerin darauf verwiesen, dass diese Rüstungsgüter nicht ausschließlich auf dem deutschen, sondern auch auf dem internationalen Markt eingekauft werden könnten. Denn in einer echten Wettbewerbssituation ist die heimische Industrie stärker gefordert, vertragsgerecht, pünktlich und unter Einhaltung des verabredeten Preises und der gewünschten Qualität zu liefern.“

### Bundestag bilanziert den Stand der Einheit

Auf der Grundlage des von der Bundesregierung vorgelegten Jahresberichts zum Stand der Deutschen Einheit bilanzierte der Deutsche Bundestag an diesem Freitag das Erreichte 25 Jahre nach dem Mauerfall. Gleiche Lebensverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland seien in den meisten Lebensbereichen erreicht worden, heißt es im Jahresbericht. Der Aufbau Ost sei gelungen, und „die Weichen für eine wirtschaftlich dynamische und ökologisch verträgliche Entwicklung wurden gestellt“.

Genannt werden zum Beispiel der Neu- und Umbau des Verkehrsnetzes. Der Verfall vieler Innenstädte sei aufgehalten worden, und die Wohnsituation der Haushalte habe sich durch Sanierungen und energetische Modernisierungen sowie durch Neubauprojekte verbessert. „Die verheerende Umweltverschmutzung wurde gestoppt, und viele Altlasten sind heute beseitigt“, berichtet die Bundesregierung. Gleichwohl liegt die Arbeitsproduktivität in Ostdeutschland noch deutlich unter der in Westdeutschland. Beim Vergleich der neuen Länder untereinander sind die Unterschiede in der Wirtschaftskraft eher gering. So heißt es in der Unterrichtung, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern sechs Prozent unter dem von Sachsen liege. „Demgegenüber ist das BIP je Einwohner in den neuen Ländern insgesamt 30 Prozent geringer als in den alten Ländern insgesamt“, wird berichtet. Auch das BIP von Sachsen liege immer noch 14 Prozent unter dem wirtschaftsschwächsten westdeutschen Bundesland Schleswig-Holstein.

Diese positive Bilanz darf selbstverständlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass es noch Einiges zu tun gibt, etwa bei der Stärkung der Wirtschaftskraft, bei der Angleichung der Einkommen und damit der Renten sowie bei den Beschäftigungszahlen. Die schon heute in den neuen Ländern klar hervorstechende besondere Herausforderung des demografischen Wandels zeigt uns auch, wie viel es weiterhin zu tun gibt. Es gilt also, nach den Feierlichkeiten zur Deutschen Einheit und zum Mauerfall: Anpacken!

## Herbstgutachten 2014 ist Warnsignal!

Die führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute haben an diesem Donnerstag ihr Herbstgutachten 2014 vorgelegt. Die deutsche Wirtschaft soll demzufolge in diesem Jahr nur noch um 1,3 Prozent und 2015 um 1,2 Prozent wachsen. Im Frühjahr waren die Gutachter noch von 1,9 Prozent in 2014 und 2,0 Prozent in 2015 ausgegangen.

Das Herbstgutachten ist ein deutliches Warnsignal! Deutschland ist trotz der guten Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre keine Insel der Glückseligen. Vielmehr haben die internationalen Krisen sowie das schwache Wachstum in den Schwellenländern erste Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft.

Hinzu kommen hausgemachte Probleme. So zeigt sich, dass Maßnahmen wie Rente mit 63 und Mindestlohn nicht wachstumsfördernd sind, sondern Arbeitsplätze kosten. Deshalb muss sich die Große Koalition jetzt auf wachstumsfördernde Maßnahmen konzentrieren. Deutschland braucht eine Agenda 2030, um seine Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu verbessern.

Es gilt, keine Maßnahmen mehr zu treffen, die die deutsche Wirtschaft über Gebühr belasten. Im Gegenteil, die Devise lautet: Entlasten statt belasten. So gilt es, beim Thema Bürokratieabbau mehr zu tun. Auch die hohen Energiepreise sind eine Gefahr für den Industriestandort und verhindern neue Investitionen. Daher gilt es, mit weiteren Reformen der Förderung der erneuerbaren Energien mutig voranzugehen. Freihandelsabkommen TTIP und CETA gilt es zügig abzuschließen. Deutschland braucht den Freihandel existentiell, ohne ihn wäre unser Wirtschafts- und Sozialmodell nicht denkbar. Schließlich muss die Investitionstätigkeit belebt werden. Wenn die Haushaltslage es zulässt, sollte man zum Beispiel über steuerliche Maßnahmen nachdenken (Abschreibungen).

Bei allen politischen Vorhaben muss allerdings klar sein, dass die schwarze Null im Bundeshaushalt absoluten Vorrang hat. Der Weg aus Konsolidieren und Wachsen muss konsequent fortgeführt werden. Denn die Konsolidierung ist die Grundlage für Wachstum und Investitionen!

## Zitat

«Die DDR war ein Unrechtsstaat, es gab keine unabhängige Gerichtsbarkeit, Verwaltungsgerichte oder ein Verfassungsgericht existierten nicht, Willkür regierte das Land.»

*(Bundespräsident Joachim Gauck am Donnerstag in Leipzig beim Festakt zum 25. Jahrestag der friedlichen Revolution in der DDR)*